Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 10

Der „Holzarbeiter" erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter" nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postscheckkonto 7718 Köln,

Köln, den 5. März 1926.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloerwall 9. Telephonruf West 51546. — Redaktionsschluß ist Samstag-Mittag.

27. Jahrg.

Wirtschaftskrise und Rationalisierung

von Dr. Emil van den Boom, M. Gladbach.

Die Krisenerscheinungen, die wir zur Zeit bei uns erleben: Kreditnot, Absatzmangel, Zusammenbrüche, Arbeitslosigkeit usw. dürfen, damit wir zu einem richtigen Urteil gelangen, nicht einseitig als deutsche Erscheinungen angesehen werden, sondern sie sind nur ein Teilausschnitt aus jener großen Krise, die die gesamte Weltwirtschaft schon im Kriege und insbesondere nach demselben erfaßt hat.

In England ist die Krise insbesondere eine Sache der Exportindustrie. Ueber die Ursachen derselben und Aussichten der englischen Wirtschaft hat der englische Industrie- und Handelsausschuß im vergangenen Jahre, 1925, einen vielvermerkten Bericht, den sogenannten Balfourbericht herausgegeben. Bei allem Ernst, mit dem die weltwirtschaftliche Lage hier durchleuchtet wird, ist der Bericht in seinen Endergebnissen nicht ohne weiteres pessimistisch. Die Industrialisierung der Uebersee-Länder und bisher industriell weniger entwickelten Länder Europas bedingt nicht etwa, wie Pessimisten annehmen könnten, den Untergang des Abendlandes. Nach dem Balfourbericht wird die Industrialisierung der Rohstoffländer der europäischen Industrie ihre wirtschaftlich begründete Stellung nicht nehmen. Allerdings verlangt der Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung ein fortgesetztes Umstellen der einzelnen Unternehmung, denn er läßt die ausgefahrenen Gleise der Wirtschaft schnell veralten. Die Umstellungen sind mit Reibungen verbunden, die um so geringer sind, je früher die veränderten Tatsachen erkannt und die neuen wirtschaftlichen Kombinationen gefunden werden. Mit Recht wendet sich der Balfourbericht deshalb an die Unternehmer und sieht in der Frage ihrer Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit das entscheidende praktische Problem.

Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß die maßgebenden Wirtschaftsführer bei uns nach der Markstabilisierung diese Situation weltwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Art nicht genügend schnell durchschaut und daraus auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen haben. Die Wirtschaft der Jahre 1924/25 war nicht eine gesunde, sondern eine solche der Illusionen. Genährt wurden diese allerdings durch die Vorstellung, daß wir uns in Grundlage und Ziel wieder umstellen dürften auf das Jahr 1914, was unmöglich ist. Wir leben in einer neuen Zeit und in einer ganz anderen Verfassung der Weltwirtschaft, auf die sich auch die nationale Wirtschaft einstellen muß. Heute liegt es klar zu Tage, daß, gemessen an den inneren und äußeren Absatzmöglichkeiten, sowie am Betriebskapital der deutsche Wirtschaftsapparat viel zu groß ist. Die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Wirtschafts- und Finanzpolitik bezeichnet es als notwendig, dies klar zu erkennen und es offen auszusprechen. Auch unser Produktionsapparat muß einen Einschrumpfungsprozeß unterworfen werden, um das bestehende Mißverhältnis zu beseitigen. Die deutsche Industrie wird sich dieser Tatsache nicht verschließen können, vielmehr ihrerseits alle Maßnahmen ergreifen müssen, die geeignet sind, um zu einer Verbesserung und Verbilligung des Produktionsprozesses zu gelangen. Sie hat selbst das größte Interesse daran, die Produktion der verkleinerten Kapitaldecke anzupassen, um zu einer Gesundung zu kommen. Sie wird auch alle Möglichkeiten der Rationalisierung anwenden müssen, um auf diesem Wege möglichst große Fortschritte zu erzielen".

Was ist nun Rationalisierung? Rationalisierung ist, nach der Formulierung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, „die vernunftgemäße Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Ordnung bieten, zur Hebung der Wirtschaftlichkeit, das heißt zur Steigerung des Wirkungsgrades schaffender Arbeit auf allen Gebieten der Gesamtwirtschaft. Auf die Methoden und Mittel der Rationalisierung (Normung, Typisierung, Spezialisierung, Standardisierung) kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Um so dringender muß es als Aufgabe der hierfür zuständigen Fachverbände, auch der Kartelle, bezeichnet werden, den einzelnen Industriegruppen und Betrieben für eine durchgreifende Rationalisierung Wegweiser zu sein und auf eine solche auch zu drängen. Führend scheint hier nach Angaben, die vor kurzem seitens der Geschäftsführung des Vereins deutscher Maschinenbauangestellten gemacht und viel vermerkt worden sind, diese bedeutsame Gruppe unserer Gesamtindustrie zu sein. Man scheint hier den so notwendigen Mut zur Selbsterkenntnis zu besitzen, wenn hier rundweg betont wird, die jetzige Krise beruht zum Entscheidenden auf schweren Mängeln unseres Produktionsapparates. „Einen durch die blinde Flucht in die Sachwerte während der Inflationszeit übermäßig vergrößerten und übersetzten, aber keineswegs qualitativ durchweg auf der Höhe befindlichen Bestand an Erzeugungsstätten stand bei Beginn der Stabilisierung ein völlig zusammengeschrumpftes Betriebskapital gegenüber."

Als Wege der Rationalisierung werden genannt: „Die Krise macht in dem Augenblicke einer Gesundung Platz, sobald es gelungen ist auf einer der deutschen Kapitalkraft und Absatzmöglichkeit angepaßten verkleinerten Basis zu niedrigsten Preisen zu produzieren. Erstklassige Qualitätsarbeit und technische Vervollkommnung dürfen dabei aber nicht leiden." Bei der großen Mannigfaltigkeit der Maschinenindustrie seien völlige Fusionen nur selten möglich. Dagegen seien schon jetzt etwa 600 Maschinenfabriken, ein Fünftel der gesamten Maschinenindustrie, zu 150 Interessengemeinschaften zusammengeschlossen. In der Papierverarbeitungsmaschinenindustrie ließen sich z. B. auf dieser Grundlage durch Spezialisierung 23% an Löhnen sparen. Eine Druckmaschinenfabrik, die 26 Maschinenarten nach 119 Modellen baute, baue heute nur noch eine einzige Type in vier Größen und steigere dadurch die Arbeitsleistung bis 14%. Auch Kataloggemeinschaften wirken schon rationalisierend und absatzfördernd, da der Kunde in einem Katalog alles finde, was er brauche. Der Eisentrust sei im Sinne der Preisverbilligung zu begrüßen. Arbeiterschaft und Industrie müßten zur Ueberwindung der Krise zusammenstehen. Die Konsumkraft der großen Massen müsse gehoben werden durch systematische Rationalisierung der Betriebe, die den Kostenanteil am Produkt herunterdrücke, ohne den Reallohn zu senken.

In Arbeiterkreisen ist man sich dessen wohl bewußt, daß sie sehr viel an vorläufiger Erwerbslosigkeit werden in Kauf nehmen müssen, bis eine Gesundung der Wirtschaft sich durchgesetzt hat; wird doch noch im neuesten Heft 1926 I der „Arbeit", Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, herausgegeben vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, festgestellt: „Die Rationalisierung bedeutet zunächst Einschränkung der Zahl der Beschäftigten bei gleichem Produktionseffekt, also Arbeitslosigkeit bis zu dem Zeitpunkt, wo der Erfolg der Rationalisierung in größerer Kaufkraft umschlägt. Darum muß die deutsche Wirtschaft auf längere Zeit hinaus mit größerer Arbeitslosigkeit rechnen, sie ist sogar Voraussetzung einer endgültigen Gesundung". Diese Opfer wird die Arbeiterschaft aber nur dann tragen können, wenn die Rationalisierung sich paart mit einer weitgezogenen sozialen Fürsorge für die Opfer derselben. Aufgabe der Unternehmer wird es sein müssen, bei einer Durchführung der Rationalisierung sich daran zu gewöhnen, sich in der Wirtschaft weniger als Konkurrenten, denn als Vollstrecker gemeinsamer großer Aufgaben zu fühlen. Eine größere Aufmerksamkeit und Intensität ist endlich zuzuwenden der Frage der Siedlung, um diejenigen Massen der heranwachsenden Arbeitnehmer, die in Industrie und Großstadt keinen Platz mehr finden, auf dem Lande in fruchtbarer Arbeit nutzbar zu machen.

Kräfte und Stoffe in der Weltwirtschaft.

(Zur Konjunkturforschung).

Wenn ein Nachbar dem andern nicht traut, so richtet er sich in seinem Verhalten danach ein. Er sieht sich vor und das mit Recht. Denn je weniger er seinem Nachbar Anlaß gibt, etwas gegen ihn zu unternehmen, umso sicherer wird er vor ihm sein. Ein erwünschter Zustand ist das aber nicht: Viel Geist, Geld, Kraft und Stoff muß vielleicht auf die Sicherung verwendet werden. All dieser Aufwand könnte fruchtbarer angelegt werden.

Wie im kleinen, so im großen. Die einzelnen Staaten streben nach wirtschaftlicher Selbständigkeit (Autokratie werden diese Bestrebungen ab und zu auch genannt), um möglichst unabhängig voneinander zu werden. Soweit dies die Kräfte des eigenen Landes zu erfolgreicher Arbeit anspornt, soweit sich dies wirtschaftlich rechtfertigen läßt, ist nichts dagegen zu sagen; soweit es aber auf die Sorge zurückzuführen ist, von andern Ländern angegriffen zu werden, ist es (weltwirtschaftlich gesehen) falsch. Politisch gedacht kann es richtig sein. Täuschen wir uns aber nicht darüber: Es ginge allen Völkern wirtschaftlich besser, wenn es nicht nötig wäre, die Gedanken des Nachbars oder der Nachbarn zu erraten und dafür einen großen Aufwand zu machen. Mit den Menschen, die zur Sicherheit vor den Nachbarn aufgeboten werden müssen, könnten Kanäle gebaut, Wasserkraft in Elektrizität umgewandelt, neue und leistungsfähigere Maschinen gebaut, mit einem Wort: die Erde wohnlicher und das Leben leichter gemacht werden.

Wenn nicht alles trügt, so wird der Weg, der zur Verständigung der Völker und zur Ueberwindung der Gegensätze führt, nach und nach freier. Wie der einzelne auch solche Bestrebungen einschätzen mag: die Einsicht ist im Wachsen, daß es auf lange hinaus Platz auf der Erde für alle hat, und daß sie auch alle mit allem zum Leben Nötigen versehen kann, wenn sie nur zweckmäßig bearbeitet wird. Ob es in Europa bald zu einem Pan- (All-) Europa, oder nur zu einer Zollvereinigung, oder nur zu einer engeren wirtschaftlichen Verbindung einiger Staaten kommt, ist im Augenblick nicht zu sagen. Aber heute kann schon gesagt werden, daß der Ausbau der Verkehrsmittel, der raschere, sichere Verkehr auf dem ganzen Erdball sehr viel zur weltwirtschaftlichen Verständigung beitragen wird. Mir scheint, wer sich dagegen wehrt, führt einen Kampf mit Windmühlen. Wenn sich auch heute noch manche absperren und daraufhin andere dasselbe tun, die Entwicklung drängt zu größeren einheitlichen Abmachungen, zur Verbesserung in der Privat-, Volks- und Weltwirtschaft. Es wird eines schönen Tages so sein, daß der Zwang der Selbsterhaltung zur Aufgabe veralteter Zollinien und Einschränkungen führt, und wer dies nicht rechtzeitig erkennt und sich infolgedessen falsch einrichtet, aus dem Wettbewerb hinausgedrängt wird. Von der Wissenschaft her, von den großen Gewerbe- und Händlerverbänden her, von den Arbeitnehmerverbänden und den Genossenschaften her und nicht zuletzt von den weltumfassenden Banken her wird das unzweckmäßige Gerüst der staatlichen Absperrungen nach und nach eingerissen werden. Wenn die, die sich daran beteiligen, auch nicht genau dasselbe Ziel im Auge haben (wie etwa privatkapitalistische, staatskapitalistische oder sozialistische Wirtschaft), so werden sie doch zu einem freieren Güteraustausch, zu unbehinderteren Wanderungen und Verkehr gedrängt.

Sehr lehrreich ist, daß die wirtschaftlich sehr vorwärtsgekommenen Vereinigten Staaten von Nordamerika schon seit längerer Zeit ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse öffentlich möglichst genau bekannt zu machen suchen. Jeder Beteiligte soll daraus lernen und seine Erkenntnisse fruchtbar anwenden. Auch Deutschland hat vor einger Zeit angefangen, Konjunkturforschung zu treiben, also die Beziehungen der Wirtschaften im Gesamten an besonders wichtigen Vorgängen des Arbeits-, Waren- und Geldmarktes zu zeigen. Die Amerikaner sind uns hierin voraus, ja sie haben sogar besondere Studien zur deutschen Konjunktur gemacht. Das Harvard-Institut für Wirtschaftsforschung hat eine Studie über den Konjunkturverlauf in Deutschland von 1898—1914 veröffentlicht. Diese Studie ist für die deutsche Konjunkturforschung und ihren Ausbau sehr wertvoll. Sie gibt über viele Vorgänge Aufschluß und sie zeigt, daß Amerika sich nicht ab- sondern aufschließen möchte. Zu diesen Arbeiten wurden die amerikanischen Forscher durch deutsche Wirtschaftswissenschafter angeregt. Die Amerikaner stellen die Spekulation, den Geschäftsgang und den Geldmarkt dar. Spekuliert wird in Wertpapieren, Aktien, Anleihen der Staaten und Gemeinden und ähnlichen Wertstücken. Aus den Kursen von 20 Industrieaktien, 20 Eisenbahnaktien und dem Ertrag von 10 Eisenbahnbonds wird das Auf und Nieder der Kurse ermittelt. Der Geschäftsgang wird an der Hand der Roheisenherstellung, an besonders empfindlichen Großhandelspreisen und am Verkehr der Banken außerhalb New-Yorks dargestellt. In ähnlicher Weise haben die Harvardleute über den deutschen Verlauf berichtet. So werden auch die englischen und französischen Wirtschaftsvorgänge erforscht und mit den amerikanischen und deutschen verglichen. Das Ergebnis ist, daß die Beziehungen sehr eng waren oder die Volkswirtschaften stark ineinander verflochten waren. Damit kommt nichts Neues zum Vorschein, aber es ist doch etwas anderes, ob wir Zustände nur ganz allgemein erkennen oder sie genauer in Zahlen ausdrücken können.

Die Erforschung des Geschäftsgangs, die Feststellung gewisser Vorgänge zu bestimmter Zeit soll aber auch für die Wirtschaftsführung ausgenützt werden. An die Feststellung soll sich die Wirtschaftsprognose (die Vorhersage des möglichen künftigen Verlaufs) anschließen. Mängel, Fehler, Irrtümer in der Wirtschaftsführung sollen nach der Vorhersage erkannt und in Zukunft vermieden werden das wäre die Wirtschaftstherapie-Heilung der Schäden und Verhütung von Schäden). Wir dürfen diese Forschungen, Vorhersagen und Heilvorschläge nicht für „graue Theorie" erklären und so tun, als ob sie uns nichts angingen. Eine solche Kurzsichtigkeit oder Gleichgültigkeit würde sich schwer rächen. Gewiß, was bei den Forschungen, Vorhersagen, Heilvorschlägen herauskommt, wir dauch nicht so ganz genau sein und buchstäblich genommen werden dürfen. Es muß eben jeder selber nachprüfen, ob und was ihm die Zahlen und Erläuterungen an Brauchbarem und Verwertbarem bringen können. Gerade im Anfang (den Deutschland kürzlich machte) werden die Forschungen manches zu wünschen übrig lassen, aber mit der Zeit werden sie sicherer, zuverlässiger werden. Ein Teil der Ergebnisse der Forschungen wird aus den Angaben von Unternehmern, Genossenschaften, Berufsverbänden, stammen. Je gewissenhafter diese ihre Angaben machen, umso zuverlässiger werden sie zusammen-

gestellt werden können und umso brauchbarer werden sie für die Praxis sein. Also: Interessenten (= Beteiligten) haben es in der Hand, über den Gang der Wirtschaft möglichst Genaues und Zuverlässiges zu erfahren.

Das deutsche „Institut für Konjunkturforschung" ist eng mit dem Statistischen Reichsamt verbunden (sein Leiter ist der Präsident dieses Amtes Professor Dr. Wagemann). Als es im Juli vergangenen Jahres eröffnet wurde, berichteten Zeitungen, daß die Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens mit ihrem Wechselspiel von Aufstieg und Abstieg erforscht und die wichtigsten Marktschwankungen der Inlandswirtschaft und die Zusammenhänge der Weltmarktpreisbewegung untersucht werden sollen. Daneben pflegen einige große Tageszeitungen und Fachzeitschriften die Konjunkturforschung. Welcher Art auch die Veröffentlichungen über den Gang und die Entwicklung der Weltwirtschaft sind, es sind die Hauptgruppen Arbeits-, Waren-, Geldmarkt und der Verkehr. Beim Arbeitsmarkt handelt es sich um die Beschäftigungsarten, um den Beschäftigungsgrad (Verminderung od er Vermehrung der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit), um die Lohnhöhe. Die Angaben über den Warenmarkt lauten über die Groß- und Kleinhandelspreise, daraus wird dann der Lebenshaltungsindex (Maßzahlen für die Beurteilung der Kosten für die Lebenshaltung) berechnet. Recht umfangreich sind die Zahlen über den Geldmarkt, da außer dem Ausweis der Reichsbank und der ausländischen führenden Banken, die Vorgänge an den Börsen besprochen, das Auf und Ab der Wertpapiere und die Einlagen bei den Kredit- und Sparkassen behandelt und der Zinsfuß sorgfältig verzeichnet werden. Der Verkehr umschließt in der Hauptsache: die Post-, Eisenbahn- und Schiffahrtsbeförderungen. Außer diesen vier Hauptgruppen gibt es noch andere Merkmale zur Erkennung des Geschäftsganges. Die Zahlen der Konkurse, Geschäftsaufsichten, Offenbarungseide. Auch das Versicherungswesen ist geeignet, mit die Geschäftsentwicklung aufzuzeigen.

Wir müssen uns aber gerade bei den Zahlen über Konkurse, Geschäftsaufsichten, Offenbarungseide hüten, auf günstige oder ungünstige Geschäfte gerade für die Zeit zu schließen, für die die Zahlen lauten. Viele Ursachen und Gründe für den Rückgang liegen vielleicht Jahre zurück und dann kommt es darauf an, ob die Ungunst der Zeit (also sachliche Ursachen) oder Unvermögen von Personen (persönliche Gründe) den Geschäftsverfall bewirkt haben. In der letzten Zeit haben die anwachsenden Zahlen der Konkursstatistik zu manchen Verbesserungsvorschlägen im Geschäftsverkehr geführt. Hier sehen wir schon die Ansätze, die Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung praktisch auszunützen. Kredit soll sorgfältiger als bisher erwogen werden: die Kreditauskünfte auf zuverlässigere Grundlagen gestellt werden, Kreditsicherungen und Kreditversicherungen sollen vor Verlusten schützen. In den Nachwirren der Geldüberschwemmung ist es nicht selten vorgekommen, daß Händler ihre Waren unter dem Einkaufspreis verschleuderten und den Hersteller oder Lieferanten teilweise oder fast ganz um seine Forderungen gebracht haben. Solche Unehrlichkeiten schädigen die Volkswirtschaft und es ist ein Verdienst der Statistik, daß sie darauf hinweist.

Sehr lehrreich sind die Zahlen über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Deutschland. So betrug die Arbeitslosigkeit (bei den berichtenden Verbänden) im Januar der Jahre 1923: 4,2 v. H. und die Kurzarbeit 12,6 v. H., 1924: 26,5 und 23,4; 1925: 8,1 und 5,5. Das Jahr 1923 hatte am Ende sehr hohe Zahlen: im Dezember 28,2 v. H. Arbeitslosigkeit und 42,0 Kurzarbeit. Im Jahre 1924 hatte sich die Lage dahin gebessert: 26,5 und 24,3 v. H. Hervorheben möchte ich, daß im Oktober 1925: 5,8 Arbeitslosigkeit und 12,4 Kurzarbeit war. Bezeichnend für das Jahr 1923 ist, daß die Zahlen für Kurzarbeit durchweg erheblich höher als die für Arbeitslosigkeit waren. Dies ist auch im Jahre 1924 ähnlich, aber in diesem Jahre kam es schon vor, daß die Zahlen für Kurzarbeit einigemale geringer waren als die der Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind besonders empfindliche Anzeiger des Geschäftsgangs.

Den Warenmarkt mögen diese Zahlen andeuten: Nach der amtlichen Darstellung betrug die Meßzahl (für den Großhandelsverkehr) am 28. Oktober 1925: 122,5; sie sank am 11. November auf 119,9 und war am 9. Dezember wieder auf 122,5 angelangt. Eine private Zusammenstellung nannte für den 28. Oktober: 148,0; für den 11. November 148,4 und für den 9. Dezember 148,7 (die Grundlagen der Berechnung der amtlichen und privaten Darstellung sind verschieden, daher auch die verschiedenen Zahlen an denselben Tagen). — Eine Gegenüberstellung amerikanischer Großhandelsmeßzahlen gibt für die Zeit vom 21.—26. September 1925: 158,3; vom 9.—14. November: 158,7 und vom 30. November bis 5. Dezember: 161,3.

Für das Geldwesen sind die Reichsbankausweise sehr wichtig. Am Ende des Jahres 1924 hatte die Reichsbank 4274 Mill. Mk. in den Verkehr gegeben. Ende Dezember 1925: 5206 Mill. Mk.; Ende 1924 war die ausgegebene Geldsumme mit 39,1 v. H., im Jahre 1925 mit 40,8 in Gold und deckungsfähigen Devisen gedeckt. Die Reichsbank hat danach fast eine Milliarde Geld im Jahre 1925 neu ausgegeben (die Deckung ist aber dabei etwas erhöht worden). Es ist also nicht so, wie ab und zu geklagt wird, daß die Reichsbank halsstarrig die Neuausgabe von Geld verweigert.

Am Zinsfuß erkennen wir die Geldfülle bei den Geldanstalten. Steigt der Zinsfuß (dies ist der Fall bei geringem Geldangebot und steigender Nachfrage), so ist dies ein Warnungszeichen. Ein englischer Sheriff soll bei steigendem Diskont also gewarnt haben: Gentlemen, die Bank von England erhöht ihren Diskont. Ihr müßt sofort Maßnahmen treffen, um in den Gefängnissen, Hospitälern und Arbeitshäusern Platz für die Ankommenden zu schaffen." Es muß, nach diesen Worten zu urteilen, ein sehr harter Umschlag in jenen Jahren (um 1850 herum) eingetreten sein, wenn der Zinsfuß erhöht wurde. In den folgenden Jahren hat die Schärfe und Heftigkeit des Geschäftsumschwunges etwas nachgelassen. Durch den Krieg und die unfriedlichen Zustände nachher haben sich die Rückschläge wieder verschärft. Das ersehen wir an dem hohen deutschen Zinsfuß, aus den hohen Zahlen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Auch England ist durch den Rückgang seiner weltwirtschaftlichen Beziehungen stark von der Arbeitslosigkeit heimgesucht worden. Mit dem Zinsfuß ist es in England aber besser als bei uns. Deutschland ächzt und krächzt darunter. Im Verkehr der Banken untereinander wurden Ende 1925 für Monatsgeld in Berlin 10—11, in Frankfurt 9—10¼, in Hamburg 9—10½, oder im Durchschnitt 10,5, 9,9 und 9,6 v. H. gezahlt. Die Sätze für Bankkunden waren aber höher. — In London wurden für Dreimonatswechsel nicht ganz 5 v. H. gezahlt, für tägliches Geld 5 (kurz vorher 3½ v. H.) — In Amerika wurde für tägliches Geld (tägliches Geld ist immer etwas teurer in allen Ländern) 6 v. H. gezahlt. Der im Vergleich zum englischen etwas höhere amerikanische Satz deutet auf einen regen Geschäftsgang, der sehr hohe deutsche auf einen schlechten hin. Zur Klärung des Geldmarktes ist die Verschuldung Deutschlands an das Ausland wichtig. Dr. Schacht schätzte sie auf 3—3½ Milliarden Mk. Die Abschlüsse der letzten Monate mit dem Ausland haben diese Schuld nicht vermehrt, sondern die kurzfristigen Kredite in langfristige verwandelt. Kreditnehmer ausländischer Anleihen waren Industriefirmen, Länder, Städte, Kirchenverbände. Das Geld das diese aufgenommen haben, wird sich nach und nach auch in anderen Kreisen auswirken.

Geld vom Auslande zu bekommen ist nicht leicht, schwerer aber ist es, dieses Geld nützlich für das Einzelunternehmen und für die Gesamtheit umzusetzen, den Zins dafür rechtzeitig zu bezahlen und das Kapital (wie ausgemacht) zurückzuzahlen. Professor Arth. Spiethoff, der sich sehr rege mit der Erforschung der „Wirtschaftlichen Wechsellagen" befaßt, unterscheidet: Ertraggüter und Genußgüter. Ertraggüter sind: Bergwerke, Eisenhütten, Fabriken aller Art; sie bringen neue Güter hervor. Eisenbahnen, Schiffe, Gas- und Elektrizitätswerke, Kanalisationsanlagen, Wasserleitungen, Wohnhäuser. Sie gewähren langdauernde Nutzungen. Eisen sei der wichtigste Baustoff der Ertragsgüter und deshalb ihr bester Maßstab. Die täglichen Genußgüter: Kartoffeln, Fleisch, Brot, Kleider, Schuhe würden mit Einkommen gekauft, nicht mit Kapital; Häuser, Fabriken nur mit angesammelten Einkommen (Kapital). An den Genußgütern ist das Geschäft nicht so gut zu erkennen. Der Aufschwung käme vom Kapital her. Die Nutzanwendung davon ist: Bilden wir Kapital, mit ihm können wir Kräfte und Stoffe in Ertraggüter umwandeln. Dabei dürfen aber die Genußgüter nicht zu kurz kommen. Denn mit ihnen werden die Kräfte gebildet, die Ertraggüter schaffen. J. A. B.

Zinssätze.

Im Vordergrund der Wirtschaftsphilosophie des Mittelalters stand die Frage nach dem „gerechten Preis" der Waren, und man war sich darüber einig, daß die Geld-Ware gerechterweise überhaupt keinen Preis haben dürfe. Folgerichtig verboten Kirche und Staat, für Gelddarlehen Zinsen zu nehmen.

Einem glücklichen Gedanken entsprang das viele Jahrhunderte dauernde Zinsverbot nicht. Rein naturalwirtschaftliche Ueberlegungen, die auch dann noch das Denken beherrschten, als lange schon die Zeit der Geldwirtschaft angebrochen war, führten dazu. An den Folgen hat heute noch die ganze nicht-jüdische Welt zu tragen. Ein Witz der Weltgeschichte ist es aber, daß heute die antisemitischen Bekämpfer der „Zinsknechtschaft" für Zinsverbote schwärmen, also für ein Mittel, dem gerade das Judentum seine Machtstellung seit dem ausgehenden Mittelalter verdankt.

Zinsen zu nehmen, erscheint dem normal denkenden Menschen von heute eben so selbstverständlich, wie dem mittelalterlichen Menschen das Umgekehrte. Ueberraschend ist das gar nicht, denn die Gründe liegen auf der Hand: die Zeit einer hochentwickelten Geldwirtschaft bedingt andere Anschauungen von Geld und Geldeswert als die Zeit der vorherrschenden Naturalwirtschaft. Es ist billig und gerecht, daß der Geldnehmer für die Ueberlassung eines Darlehens eine Vergütung bezahlt, die im entsprechenden Verhältnis zu dem Gewinn steht, den er mit dem Geld macht.

Grundsätzlich ist man sich darüber klar. Die rechtlichen Bestimmungen pflichten der Auffassung bei. Nach dem deutschen bürgerlichen Recht besteht prinzipielle Zinsfreiheit d. h. es gibt keine Zinshöchstsätze, über die nicht hinausgegangen werden darf. Nur Abmachungen, die die Notlage, den Leichtsinn oder die Unerfahrenheit der Geldnehmer zu übermäßigem Gewinn ausnützen, sind nichtig. Wer übermäßige Vorteile verlangt oder sich versprechen läßt (und das sind Vorteile, die in keinem entsprechenden Verhältnis zu der Leistung stehen), macht sich wegen Leistungswuchers strafbar.

Nach dem Willen des Gesetzgebers, der sich hier im Einklang befindet mit dem, was in den Augen jedes Vernünftigen recht und billig ist, muß bei der Höhe der Zinsvergütung der jeweilige Fall in Betracht gezogen werden. Besondere Fälle rechtfertigen besondere Zinssätze, nach oben und unten, der Durchschnittsfall einen Durchschnittssatz. Dieser wird im wesentlichen durch das tatsächliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Geldmarkt bestimmt und richtet sich in seiner Höhe nach der Dauer der Geldbeanspruchung, dem Risiko, das man bei der Geldhingabe eingeht, und nicht zuletzt nach dem Satz, den das zentrale Geldinstitut eines Landes (bei uns die Reichsbank) für seine Geldpolitik für zweckmäßig und angemessen hält.

Vier bis sechs Prozent pro Jahr war bei uns vor dem Krieg der landesübliche Zinssatz. Er blieb sich natürlich nicht immer gleich, sondern unterlag auch in jenen besseren Zeiten steten Schwankungen. Bei ihrer Geringfügigkeit fielen sie nur der Allgemeinheit weniger auf. Seit den napoleonischen Kriegen, wo man Sätze zu 8 Prozent im Durchschnitt hatte, gab es keine hohen Sätze mehr.

Allzu häufig begegnet man aber in der Geschichte längeren Zeiträumen mit verhältnismäßig stabilen und niedrigen Zinssätzen nicht. Politische Unruhen, Kriege, Handelskrisen haben ein buntes Auf und Ab in der Zinsenhöhe zur Folge. Durchschnittlich sind die Sätze aber beträchtlich höher, als wir es von der Vorkriegszeit her gewohnt sind. So waren z. B. im 12. Jahrhundert (bei Zinsverbot!) 20 Prozent allgemein üblich, im 13. Jahrhundert kostete Judengeld 40 Prozent, im 15.

Frühlingsmorgen.

Sturm zieht ein die schwarzen Fahnen,
Schleicht davon auf dunklen Bahnen
Die Nacht.
Und sein licht Panier entrollt
Silbern, blau und strahlengold
Der Morgen.
Bunt geschmückt sind Feld und Garten
Laubbekränzt die Bäume warten
Ihres Königs.
Und der Vöglein Sängerchor
Jubelt hell zu ihm empor,
Dem neuen Tag!

G. A.

Vom Wohnen.

Wir leben im Zeichen der Wohnungsnot, also mehr des Nichtwohnens als des menschenwürdigen Wohnens. Mitreden darf nur der, der ein paar Jahre keine eigene Wohnung gehabt hat, der in dieser Zeit mit dem Wohnungsamt zu tun hatte. „Wohnungsamt" ist diejenige Behörde, bei der man mit amtlicher Bescheinigung auf Wohnungsnachweis wartet, wartet, wartet; viel Zeit versieht, die Zunge sich wund redet, die Finger sich steif schreibt.

Der Wahlspruch des Wohnungsamtes lautet: „Raum ist in der kleinsten Hütte, für ein glücklich liebend Paar!" Es will zum erlebten Verständnis unserer klassischen Dichter verhelfen. Das Glück wohnt in der Brust des Menschen; was hat es mit der steinernen Wohnung zu tun?! In Berlin gibt es Familien von 6—8 Köpfen, die in einem einzigen Raume wohnen und — schlafen, wie Sardinen gepreßt. Sie können mit Goethe reden: "Wer nie auf seinem Bette weinend sch (weil zum Liegen kein Platz!), der kennt euch nicht, ihr himmlischen Mächte!" (im Wohnungsamt!)

Doch Spaß beiseite. Sind unsere Wohnungsverhältnisse für einen Kulturstaat nicht furchtbar und beschämend? Auf die schrecklichen gesundheitlichen und moralischen Folgen ist schon sehr oft hingewiesen worden. Ebenso beachtlich aber ist ein Drittes: Der Stadtmensch, besonders der Industriearbeiter, ist der Natur und einer eigentlichen Heimat entwurzelt. Zahllos sind die Nöte, die nur der Stadtmensch kennt, von dumpfen Mauern und finsteren Häuserwällen erdrückt, nicht aber der auf eigener, freier Scholle lebende Landmann. Einigermaßen ausreichenden Ersatz kann da nur eine möglichst geräumige, behagliche Wohnung geben, die das Verlorene vergessen läßt. Auch hier liegt ein wichtiger Faktor zur Lösung der sozialen Frage. Schon vor dem Kriege ist in dieser Hinsicht viel gesündigt worden — sonst wäre heute das Elend nicht so groß — und nach dem Kriege ist nie die notwendige Energie daran gesetzt worden, die klaffenden Schäden zu heilen.

„Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen!" —, auch die Personen und Möbel einer glücklichen jungen Familie, die auf die Dauer in der „kleinsten Hütte" doch nicht Platz hat. G. N.

Sammlungen.

Ein Großer hat einmal gesagt: „Der vernünftig und besinnlich lebende Mensch sammelt!" Was? Das ist ganz gleich, je nach Neigung und Mitteln: Ansichtskarten, Kunstkarten, Photographien, Briefmarken, Münzen, Artikel oder sonst etwas.

Das Sammeln hat wirklich großen Wert und eigenen Reiz. Hier betätigt sich die Persönlichkeit nach einer bestimmten Richtung und lebt sich darin aus. Der Sammler wird ein gründlicher, ordnungsliebender, organisatorischer Mensch, abgesehen von den manchmal beträchtlichen Kenntnissen und der Geschmacksveredelung, die damit Hand in Hand geht. Das Kleine aber wird bei Gelegenheit sich ins Große auswirken.

Jeder Sammler ist auf sein Werk stolz, ist ihm in Liebe verbunden — so sollte es mit jeder Arbeit sein! — und nur mit Staunen wird man manchmal gewahr, was aus geringsten Mitteln mit Bienenfleiß und Umsicht zusammengetragen worden ist. Briefmarken, Münzen, Siegel zu sammeln, wird auf die Dauer zu kostspielig, obwohl ich auch da schon stattliche Leistungen in einfachsten Kreisen gesehen habe.

Aber wie wäre es etwa mit einer Sammlung deutscher Naturansichten, deutscher Bauten, deutscher Meisterbilder, deutscher Genieporträts? Die ganze Familie wird in Feierstunden hieraus schöne Freude und großen Gewinn ziehen. Oder mit einem geordneten Aufheben in einer eigenen Mappe von Artikeln über die deutsche Heimat, über Volkskunde, über fremde Länder und Sitten? Einen anderen zieht das Interesse vielleicht auf wirtschaftliche oder politische Abhandlungen. Auch eine Sammlung von persönlich geschätzten Witzen und Anekdoten bereitet der Familie und Gästen manche frohe Stunde. Endlich werden in letzter Zeit auch auffallende, geistreiche und schöne Reklamen mit großem Interesse gesammelt. Der Wert ist nicht abzuleugnen.

Die persönlichste und wertvollste der Sammlungen aber, die keinem fehlen darf, ist die Bibliothek: kleiner oder größer, aber immer gut, und jedes Stück muß dem Besitzer ans Herz gewachsen sein, muß ihm etwas gegeben haben. Zeige mir deine Bibliothek, und ich sage dir, wer du bist!

Georg Wick.

Jahrhundert stiegen die Zinsen bis zu 80 Prozent und darüber, und fielen im 16. Jahrhundert unter 12 Prozent. Offiziell gestattet wurde das Zinsnehmen erst durch Reichsgesetz vom Jahre 1654, während das kirchliche Verbot (das sog. kanonische Zinsverbot) bis heute formell nicht aufgehoben ist, sondern durch die Praxis erledigt wurde.

Ein gleich buntes Bild geben die Zinssätze in der relativ hoch entwickelten Geldwirtschaft des Altertums. In Zeiten wirtschaftlicher Blüte zahlte man im alten Griechenland 12 und 10 Prozent, Krisenzeiten forderten höhere Sätze. Ein Schüler des weisen Sokrates z. B. betrieb eine Salbenfabrik und mußte für das Geld 36 Prozent zahlen, später bekam er es um 18 Prozent. Am billigsten war das Geld in der langen Friedensperiode der römischen Kaiserzeit, wo 5—6 Prozent landesüblich waren. Den Juden war es nach dem Gesetze Moses verboten, von Stammesgenossen Zinsen zu nehmen, dagegen durften sie den „Fremden" nach Belieben scheren.

Wie die große Inflation der letzten Jahre kein Gegenstück in der Weltgeschichte hat, so findet sich auch keine Parallele zu der Zinsentwicklung der unmittelbaren Gegenwart. Zur Zeit des Schwundgeldes bedeutete auch der denkbar höchste Zinssatz nichts. Die Reichsbank ging nie über 30 Prozent für Papiermarkdarlehen hinaus, auch zu der Zeit nicht, wo sich das Geld fast jeden Tag um 100 Prozent verschlechterte. Da wurden von Kreditnehmern en gros wie Stinnes Riesengewinne gemacht. Mit einsetzender Stabilisierung wendete sich das Blatt, bedingt einerseits durch die ungeheure Kapitalknappheit, andererseits durch das noch bestehende Risiko einer neuen Entwertung der Rentenmark. Wir erlebten damals Zinssätze von über 10 Prozent pro Tag. Nun konnten Kreditgeber, die an die Rentenmark glaubten, Riesengewinne machen. Der Michaelkonzern wurde durch diesen Glauben groß.

Die Stabilität der neuen Währung, der wenn auch mühsame wirtschaftliche Wiederaufbau und das Einströmen von Auslandsgeld haben zu einer starken Senkung der Zinssätze seitdem geführt. Aber noch sind die Verhältnisse nicht so gefestigt, daß man von einem Zinssatz von soundsoviel Prozent als landesüblich sprechen könnte. Der Diskontsatz der Reichsbank ist gegenwärtig 8 Prozent, der Lombardsatz 10 Prozent. (Unter Diskont versteht man den Zinssatz, der bei Ankauf eines Wechsels in Abzug gebracht wird, unter Lombard den Satz, der bei Darleben gegen Faustpfänder einbehalten wird.) Die äußerst strenge Kreditpolitik der Reichsbank läßt aber nur ganz Wenige zu diesen Sätzen ankommen. Bankgeld kostet heute noch immer 12—15 Prozent, Auslandsgeld ca. 8 Prozent.

Die Frage ist, ob man noch lange Zeit mit verhältnismäßig hohen Zinssätzen zu rechnen hat, die ohne Zweifel eine starke Belastung der deutschen Wirtschaft darstellen. Die Verschuldung an ausländische Geldgeber dürfte jetzt schon ein jährliches Zinsaufbringen von rund einer halben Milliarde Reichsmark erfordern. Die aufgeworfene Frage ist unbedingt zu bejahen. Es wird viele Jahre dauern, bis Angebot und Nachfrage auf dem Markt langfristigen Geldes sich einigermaßen ausgleicht. Vom Ausland aber wird billiges Geld, oder sagen wir: noch billigeres Geld, kaum in die deutsche Wirtschaft fließen. Zur Anlage in Deutschland reizt nur die höhere Gewinnmöglichkeit als im Inland, und dort, besonders im Lande des Hauptgeldgebers Amerika, sind die Gewinnaussichten selber größer als vor dem Krieg.

Erst wenn eine Zeit hoher wirtschaftlicher Blüte wiedergekehrt ist, wird das Geld billig werden. Mit Sturmesgeschwindigkeit geht das nicht, sondern langsam, langsam . . .

Eiron.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 28. Februar bis 6. März 1926 der 10. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Teilzahlungen. Die starke Inanspruchnahme der Hauptkasse infolge der großen Arbeitslosigkeit erfordert dringend, daß die in den Zahlstellen eingehenden Beitragsgelder regelmäßig an die Hauptkasse eingesandt werden.

Handwerkskunst im Holzgewerbe. Die Februarnummer der „Handwerkskunst" konnte nur an diejenigen Zahlstellen gesandt werden, die die Bezugsgelder eingesandt hatten. Neu hinzutretenden Beziehern der „Handwerkskunst" werden die bisher erschienenen Nummern nachgeliefert.

Verlorene Bücher. Nr. 30 897, Norbert Kerssenbrock; Nr. 233 040, Johann Ottens; Nr. 117 823, Karl Mons; Nr. 131 791, Johann Kruse; Nr. 203 669, Ernst Corvers; Nr. 38 031, Heinrich Bellmann; Nr. 32 335, Jos. Schuler; Nr. 95 453, Jos. Koller; Nr. 139 859, Alfons Leve; Nr. 205 036, Jos. Kirchhoff; Nr. 105 934, Anna Wider; Nr. 275 939, Jos. Thiedig; Nr. 245 797, Jakob Iwan; Nr. 225 646, Paul Himel; Nr. 194 794, Anton Waldeyen; Nr. 68 420, Ad. Stuhmeier; Nr. 246 736, W. Schrading; Nr. 101 911, Joh. Pehle.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

Berichte aus den Zahlstellen.

■ **Lahr** i. Baden. Zu unserer am Sonntag, den 21. Februar in den „Ratskeller" einberufenen Generalversammlung sind die Kollegen trotz schönster Witterung sehr zahlreich erschienen. Nach den üblichen Begrüßungsworten durch den 1. Vorsitzenden Kollegen Krämer und Bekanntgabe des Protokolls der letztjährigen Generalversammlung durch den Schriftführer Kollegen J. Haas erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Demselben war zu entnehmen, daß in zahlreichen Versammlungen, Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen die Interessen der Kollegen wahrgenommen wurden. Ein mit Erfolg beendeter, achtwöchiger Streik beseitigte den unberechtigten Abzug von 5% des Tariflohnes einiger hiesiger Firmen. Trotz der auch in hiesiger Stadt herrschenden Geschäftsflauheit und der in allen Gewerkschaftslagern beklagten Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber der Organisation hat unsere Zahlstelle immer noch einen Bestand von über 100 Mitgliedern; zwei davon (Friedrich Benz, Schreiner und Ambros Reß, Schreiner) können auf eine 20jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß wohl ein großer Umsatz zu verzeichnen war, aber der Lokalkasse infolge aller möglichen Belastungen der Atem ausging.

Die bisherige Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Alsdann nahm Bezirksleiter Kollege Baumer, Waldkirch, das Wort zu seinem Vortrag über: „Die Ursachen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und das Bestreben der Arbeitgeber, sich dieselbe nutzbar zu machen durch Lohndruck usw."

Unter Benützung markanter Stellen aus der lesenswerten Schrift: „Wege aus der Wirtschaftsnot" von Professor Dr. Dessauer, M. d. R., Frankfurt a. M.; wurde der Beweis geführt, daß in Deutschland bisher mit seltenen Ausnahmen der Arbeiter nicht als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben gewertet wurde und daß durch diese dauernde kränkende Zurücksetzung und ungenügende Entlohnung keine freudige Mitarbeit in der Produktion möglich sei. Große Schuld an solchen beklagenswerten Zuständen trage ein großer Teil der Arbeiterschaft durch Mißachtung der Standesehre, die gebieterisch verlangt, in die Reihen der um Anerkennung und Gleichberechtigung kämpfenden Kollegen einzutreten und dem christlichen Solidaritätsgedanken zum Siege zu verhelfen.

Mit großem Interesse wurde dieser Vortrag entgegengenommen und der Vorsitzende, sowie Kollege Eberle brachten in ihren Schlußworten den Dank zum Ausdruck und knüpften daran die Bitte, durch treue Mitarbeit das Gehörte in die Tat umzusetzen.

■ **Stadtroda** i. Thüringen. Am 24. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab, zu der auch unser Bezirksleiter Kollege K. Barthel aus Gera erschienen war. Die Versammlung war gut besucht, ein Beweis dafür, daß auch in hiesiger Zahlstelle reges Leben herrscht. Zuerst erstattete uns Kollege Klingelstein den Kassen- und Geschäftsbericht, der ein gutes Bild der hiesigen Organisationstätigkeit zeigte. Nach Entgegennahme desselben, wurde dem Vorstand für seine bisherige Arbeit gedankt und wunschgemäß Entlastung erteilt. Als Kassierer wurde Kollege Klingelstein wiedergewählt, und als Vorsitzender Kollege Hehn. — Kollege Barthel, Gera, hielt uns dann einen Vortrag über das Thema: „Die gewerkschaftliche Selbsthilfe als Grundlage für den Aufstieg des Arbeiterstandes", der guten Beifall fand. Er schloß mit den Worten, daß auch die hiesige Zahlstelle nie ermüden dürfe, sondern auch fernerhin alles aufbieten müsse, um vorwärts zu kommen.

Die
Handwerkskunst im Holzgewerbe
hilft dir, deine beruflichen Kenntnisse zu erweitern. In der heutigen Zeit kommt es im Wirtschaftleben auf beste Qualitätsarbeit an.
Die „Handwerkskunst" ist deine Fachzeitschrift, deren weitere Entwicklung du durch Bezug sichern mußt.

■ **Lohne** i. Oldbg. Generalversammlung: Schon das Wort besagt die Wichtigkeit dieser Versammlung, wenn auch nur die Berichterstattung und die Neuwahlen den wichtigsten Teil der Versammlung ausfüllen. Unser Vorsitzender Kollege Schmidt konnte am 28. Januar die zahlreich zur Generalversammlung erschienenen Mitglieder begrüßen und warf dann einen kurzen Rückblick auf das verflossene Jahr. Wir sind in das verflossene Jahr mit allzugroßen Hoffnungen hineingegangen, wir glaubten, daß wir jetzt endlich wieder geordnete Verhältnisse hätten. Die Zeit der Inflation war vorüber, die Verbände in etwa wieder gestärkt. Die Vorkriegsunterstützungen wurden wieder eingeführt, und somit war unter den Mitgliedern große Beruhigung eingetreten. Und doch ist nicht alles so ruhig abgelaufen, wie wir gedacht hatten. Wir hatten Teuerungen zu Anfang des verflossenen Jahres zu verzeichnen, demgegenüber Lohnerhöhungen gefordert werden mußten, um uns einigermaßen den Verhältnissen anzupassen. Ferner hatten wir im Sommer die große Aussperrung, wovon wir allerdings hier in Lohne nicht betroffen wurden. Weiter erleben wir jetzt die furchtbare Wirtschaftskrise und Arbeitsstockungen, wovon wir gerade als Arbeiter am härtesten betroffen werden. Wenn wir weiter auf unsere Arbeit im verflossenen Jahre zurückblicken, so können wir von unserm Vorstande sagen, daß alles getan wurde, was in unsern Kräften stand. Wir hatten einen Lohnkampf in der Tischlerbranche, der sieben Wochen dauerte und zu unseren Gunsten entschieden wurde. Drei treue Mitglieder wurden uns durch den Tod entrissen, wovon einer Mitgründer unserer Zahlstelle war. Die Versammlung ehrte dieselben durch Erheben von ihren Sitzen. Der Kassenführer gab sodann den Kassenbericht, der von der Versammlung nicht beanstandet wurde und daraufhin dem Vorstand Entlastung erteilt werden konnte. Zum Schluß nahm dann noch Kollege Jahn das Wort und gab einen interessanten Vortrag über: „Arbeitslosigkeit, ihre Folgen und Abwehr derselben", worauf der Vorstand nach einigen Dankesworten und Aufmunterung an die Mitglieder die gut verlaufene Versammlung schloß.

■ **Senden** (Schwaben). Am 6. Februar hielt unsere Zahlstelle ihre ordentliche, gutbesuchte Generalversammlung ab.

Der Geschäftsbericht zeigte, daß die Monatsversammlungen regelmäßig stattfanden, nur dürfte in Zukunft ab und zu der Besuch besser sein. Gegenwärtig zählt die Zahlstelle 60 Mitglieder. Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Kasse bei unserem Kollegen Scheich in den rechten Händen ist und er, sowohl gegenüber der Zentral- wie der Lokalkasse seine Pflicht voll und ganz erfüllt, was auch der Revisionsbericht bestätigte. Aus der Neuwahl gingen, mit einer kleinen Veränderung, alle bisherigen Ausschußmitglieder wieder hervor. Auf Anregung unseres Vorsitzenden Kollegen Amann, wurde ein Agitationsausschuß gegründet. Derselbe besteht aus 10 Kollegen, so daß auf jede Betriebsabteilung zirka 2—3 Mann treffen. Hoffen wir, daß sich diese Einrichtung für die Zahlstelle segensreich gestaltet, damit endlich einmal mit dem unglückseligen Indifferentismus aufgeräumt wird.

Kollege Dieboldet, Augsburg, gab uns einen ausführlichen Bericht über die in München geführten Lohnabbauverhandlungen und es war demselben zu entnehmen, daß das Ansinnen der Arbeitgeber, den Lohn um ein wesentliches zu reduzieren, vereitelt wurde. Es muß doch endlich jedem Kollegen klar sein, wohin wir kommen würden ohne Organisation, und daß der Einzelne gegenüber der organisierten Macht der Arbeitgeber gleich Null wäre.

Also, halten wir auch im kommenden Jahre treu zusammen und erfülle jeder als Gewerkschaftler seine Pflicht, dann werden sie uns in Zukunft nicht unterkriegen.

■ **Dortmund.** Schon seit einigen Jahren sind die Verbandsgeneralversammlungen auf einen besonders ernsten Ton eingestellt, weil diese Versammlungen den Kollegen ein zusammengefaßtes Bild zeigen sollen, was das verflossene Jahr für die Gewerkschaftsbewegung war und was für die Zukunft zu tun ist. Wenn die diesjährigen Generalversammlungen besonders Ursache haben, auf den Ernst der Zeit hinzuweisen, so sind es nicht allein die Vorkommnisse innerhalb unseres Berufes, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse, die dazu veranlassen. Jahrzehntelanges zähes Arbeiten innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung hatte den Erfolg, daß auch dem Arbeiterstande ein gewisses Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden mußte.

Nicht alles, was man sich mit Kampf erringt, wird ohne Kampf erhalten. So steht auch heute die Gewerkschaftsbewegung in scharfem Kampfe einem gewissen Scharfmachertum im Arbeitgeberlager gegenüber. Leider scheinen von dieser Tatsache noch nicht viele Arbeitnehmer überzeugt zu sein. Hier gilt es für die Zukunft, zu arbeiten und aufzuklären.

Keineswegs haben wir Ursache bei den großen Auseinandersetzungen, welche augenblicklich zwischen Arbeigeber- und Arbeitnehmerorganisationen stattfinden, gleichgültig oder mutlos zu werden.

In der Generalversammlung unserer Zahlstelle gab Kollege Hille den Jahresbericht, darin hervorhebend, was für die Holzarbeiter das Jahr 1925 gebracht habe, und was sich erhalten ließ. Er führte vor allen Dingen den Kollegen vor Augen, wie die heutige große Arbeitslosigkeit ausarten würde, ohne eine gesunde Gewerkschaftsbewegung. Ferner wies er darauf hin, wie die Absichten der Arbeitgeber vereitelt werden konnten bei der großen Aussperrung im Jahre 1925. Wenn die Kollegen so das Jahr an sich vorübergleiten lassen, werden sie um so deutlicher manche Maßnahmen verstehen, welche die Zentralleitung im Interesse der Kollegen ergreifen mußte. Stille zähe Arbeit können die Gewerkschaftsbewegung nur dauernd vorwärts bringen. Die Kollegen sollten sich ein abschreckendes Beispiel nehmen an dem Maulheldentum jener Organisationen, die es immer wieder für notwendig hielten, bei jedem ihnen in ihren politischen Kram passenden Vorkommnis die Arbeiterschaft auf die Straße zu rufen. Wer noch in etwa klaren Verstand besäße, müsse sich bei allem Handeln und allen Vorkommnissen immer wieder zuerst fragen, wer trägt hierfür die Verantwortung, wie weit liegt es im Interesse der Arbeiterschaft, aber nie wüßte die auf diese Art irregeleitete Arbeiterschaft, wer Führer sei und wer die Verantwortung trage. Ob dieses Maulheldentum ihren Anhängern auch Jahresberichte erstattet, höre man nie. Die christliche Gewerkschaftsbewegung erfordere ernste und verantwortungsvolle Arbeiter. Nur diese seien imstande, ihren Mitmenschen zu helfen. Nur solche Charaktere seien gewillt, auch Opfer zu bringen.

Kollege Hille gab ferner in seinem Jahresbericht bekannt, wie trotz Wechselschläge des Jahres, trotz großer Arbeitslosigkeit die Zahlstelle sich gehalten und ermahnte die Kollegen, auch im Jahre 1926 alles zu tun, damit uns die Gegner der Gewerkschaftsbewegung nach jeder Seite hin gerüstet fänden. In der darauf folgenden Vorstandswahl wurde in den Vorstand gewählt der Kollege Wener als Vorsitzender, Eynk als Kassierer, Ahrenhöfer als Schriftführer. Ferner wurden als Beisitzer gewählt die Kollegen: Lindenthal, Menke, Neufeld, Trabert, Erlei, Peters, Apel, Berghoff, Gräfenstein und Böllmeke.

Der Jahresbericht führte auch zu einer lebhaften Aussprache über die Vorkommnisse der letzten Zeit, wo eine sozialistische Presse es versuche, Streit in die Arbeiterbewegung zu tragen nach dem Grundsatz, die Masse streicheln und den Führer vor den Bauch treten. Kollege Hille gab noch verschiedentlich Auskunft und verwies auf das Halten unserer Tageszeitung „Der Deutsche".

■ **Holzkirchen** (Oberbayern). Am Sonntag, den 24. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Besuch war sehr gut. Der Vorsitzende Kollege Wagner eröffnete mit freundlichen Begrüßungsworten und einem kurzen Jahresrückblick die Versammlung.

Er betonte, daß seitdem die Kollegen Holzkirchens im Zentralverband christlicher Holzarbeiter organisiert sind, man mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gut gefahren sei. Die Löhne ständen, wenn auch noch verbesserungsbedürftig, immerhin auf einer Höhe, die als Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit anerkannt werden müßte. Die Zahlstelle hat sich gut entwickelt. Man werde auch in Zukunft alles daransetzen, den Verband vorwärts zu bringen. Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Kammerlohet erstattet und ist die Kasse in guter Ordnung.

Bei der Wahl wurden die bisherig tätigen Kollegen wiedergewählt. Zum Schlusse sprach Gauleiter Kresse über das abgelaufene Jahr, die Tätigkeit des Verbandes und über das gekündigte Lohnabkommen in der Sägeindustrie. Notwendig sei, dem Verbande nicht nur die Mitgliederzahl stark zu erhalten, sondern auch in finanzieller Hinsicht das zu geben, was er von uns verlangt. Erst dann seien wir ganze Mitglieder und auch dann können wir Forderungen an den Verband stellen.

Sterbetafel.

Hermann Otten, Säger, 59 Jahre, Paderborn.
Heinrich Sauer, Schreiner, 62 Jahre, Frankfurt a. M.
Hermann Häußlein, Holzarbeiter, 35 Jahre, Mainz.
Georg Bai, Sägereiarbeiter, Waidhaus.

Ruhet in Frieden!

Rundschau.

■ **Mitbesitz durch ein Sparbuch.** Mitbesitz durch Arbeit und nicht durch Expropriation" das ist einer der Kerngedanken aus der für die christliche Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtigen Arbeit von Georg Brost im Januar-Heft 1926 der Monatsschrift „Deutsche Arbeit". In diesen kurzen Worten finden aber auch zwei gewaltige Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung ihren Ausdruck. Enteignung, Vergesellschaftung auf der einen, Mitbesitz durch Arbeit heißt es auf der anderen Seite. Zu letzterem Wege bekennt sich die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung. Auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen im Jahre 1920 wurde die Mitbeteiligung der Arbeitnehmer in Betrieb und Wirtschaft verlangt. Auf der Jubiläumstagung der christlichen Gewerkschaftsbewegung 1924 wurde nachdrücklichst hervorgehoben, daß die Arbeitnehmerschaft mit Hilfe der organisierten Arbeits-, Konsum- und Sparkraft weitgehend in den Mitbesitz und die Mitverwaltung der Wirtschaft hineinwachsen soll. Sodann sind auf der Herbsttagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Oktober 1925 in Saarbrücken in sachverständigen Erörterungen, welche wie vorhin erwähnt, in „Deutsche Arbeit" wiedergegeben sind, Mittel und Wege untersucht worden, um zum Mitbesitz an der Wirtschaft zu gelangen.

Dabei wird die Beteiligung der Arbeitnehmerschaften der Wirtschaft durch Erwerb von Aktien und durch Kreditgewährung an dieselbe erörtert. Ganz außerordentliche Bedeutung wird hierbei dem Arbeitnehmersparkapital beigemessen. Die Besitzbeteiligung soll vom Sparkassenbuch her angepackt werden. Auf diesem Wege soll das kollektive Arbeitnehmerkapital, ertrag- und einflußsuchend, planmäßig in die Wirtschaft hineingeführt werden. „Die Verstärkung und zielbewußte Führung des Sparkapitals erscheint somit als die bei weitem wichtigste Form des Mitbesitzes innerhalb unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaft.

Den Massen der Arbeitnehmer soll daher klargemacht werden, daß es sich hier um bedeutsame Aufgaben handelt. Die Arbeitnehmer können sich stärker machen und gleichzeitig Mitbesitz an der Wirtschaft erwerben. Deshalb müssen die Arbeitsnehmer zu einer Planwirtschaft beim Sparen kommen. Mit der einsetzenden Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird sich auch in weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft der Sparwille wesentlich steigern lassen. Wenn schon in der gegenwärtigen Zeit der Notlage alle von deutschen Sparinstituten bekannt gegebenen Zahlen von ausgedehnter Spartätigkeit im deutschen Volke Zeugnis geben, so wird bei besseren Wirtschaftsverhältnissen sicher ein wesentlich besseres Bild erscheinen. Alsdann wird mehr und mehr die kollektive Geltendmachung des Arbeitnehmerkapitals ermöglicht werden. Zur zielbewußten Führung desselben wurde durch die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung die Deutsche Volksbank gegründet. Die Organisierung der Spartätigkeit muß deshalb allenthalben in die Wege geleitet werden. Den bereits bestehenden mehr als 400 Annahmestellen für den Sparverkehr der Deutschen Volksbank müssen weitere Hunderte folgen. An allen Orten mit christlich-nationaler Arbeitnehmerbewegung müssen Annahmestellen errichtet werden. Dazu mitzuhelfen soll von allen Gewerkschaftsfunktionären angesichts der zu erfüllenden großen Aufgaben als zwingende Pflicht betrachtet werden. Wegen weiterer Auskunft wende man sich an die Deutsche Volksbank, Essen 3, Hagen 64.

Zusatzrente für erwerbslose Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene. Nach den bisherigen Bestimmungen erhielten voll im Erwerbsleben stehende Versorgungsberechtigte, deren Einkommen lediglich der augenblicklichen ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse wegen gemindert war, keine Zusatzrente. Man begründete in diesen Fällen die Verweigerung der Zusatzrente damit, daß die Minderung des Einkommens mit der Dienstbeschädigung nicht im Zusammenhange stehe. Wie uns von der Hauptgeschäftsstelle des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener E. V., Berlin NO. 18, mitgeteilt wird, ist mit Rücksicht auf die augenblicklichen außergewöhnlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse vom R. V. G. bestimmt worden, daß vom 1. Januar 1926 ab auch Erwerbslose und Kurzarbeiter die halbe Zusatzrente erhalten können, wenn sie bei Erfüllung aller sonstigen Voraussetzungen für die Gewährung der Zusatzrente nur wegen der ungünstigen Wirtschaftslage mit ihrem Einkommen unter der vorgesehenen Einkommensgrenze bleiben. Voraussetzung hierfür ist weiter, daß die Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit nicht nur vorübergehend oder von kurzer, d. h. von vornherein zeitlich begrenzter Dauer ist. Auch Saisonarbeiter, bei denen es sich nicht um eine durch die augenblicklichen Verhältnisse vorübergehende Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit, sondern um eine bei normalen Verhältnissen übliche Arbeitspause handelt, sind von der Gewährung der Zusatzrente ausgeschlossen. Das gleiche ist der Fall bei Versorgungsberechtigten, die zurzeit ihren Beruf voll ausüben, gleichgültig welches Einkommen sie haben. Sofern die halbe Zusatzrente und das sonstige Einkommen (Erwerbslosenunterstützung usw.) den Betrag der vollen Zusatzrente nicht erreichen sollte, ist zu der halben Zusatzrente noch der Unterschiedsbetrag zwischen diesen Beträgen zu zahlen. Anträge sind bei der zuständigen Fürsorgestelle anzubringen.

Fachtechnisches.

Möbel streichen und malen.

Nachdruck verboten.

Ein tüchtiger Tischler ist imstande, mit Hilfe der Beizen, Lasuren und Polituren auch den heimischen Hölzern den Charakter einer bestimmten Holzart zu verleihen, so daß selbst Kenner getäuscht werden können. Das Bemalen der Möbel ist von den mittels Beizen, Lasuren und Polituren erzielten Oberflächeneffekten grundsätzlich verschieden und wird in Möbelfabriken oft von Leuten ausgeführt, die sich zu Spezialisten ausgebildet haben. Die Beiz- und Lackierkunst wird in Möbeltischlereien oft in technisch hoher Vollendung gehandhabt, denn in zahllosen bürgerlichen Haushaltungen finden Möbel aus heimischen Hölzern Verwendung. Die Lasur unter einer Lackschicht kann ganz oder auch teilweise decken. Lasuren, Beizen und Polituren sollen die Oberfläche der Möbel in gewissen Grenzen verzieren, konservieren und gegen Beschmutzungen unempfindlicher machen. Mittels der Lasur und der Beize lassen sich nicht nur deckende, erforderlichenfalls auch bunte Effekte erzielen. Bei nicht vollkommen deckenden Lasuren müssen die Möbel aber schon vom Tischler dementsprechend behandelt werden; es muß möglichst astfreies Holz benutzt werden. Vielfach genügt ein Ueberzug mit reinem gut trocknenden Leinölfirnis und ein geschmeidiger Lacküberzug.

Sehr oft soll aber auch älteren Möbeln durch einen farbigen Anstrich ein besseres Aussehen verliehen werden. Gehört schon zum Nachbilden der Furniermaserung aus Edelhölzern, wie Nußbaum, Eiche, Mahagoni usw. eine gewisse Geschicklichkeit, so müssen die an alten Bauernmöbeln häufig beobachteten Malereien als Kunst bezeichnet werden.

Der Aufbau der alten Bauernmöbel entspricht ihrem Gebrauch und den Gebrauchern. Sie sind sachlich, kräftig voll gesunder Sinnenfreude, voll frommer und heiterer Naivität im Schmucke. Sie sind verwachsen mit ihrem Standorte. Welch ein Genuß ist es, in ein alt eingerichtetes Bauernhaus zu treten! Die Bemalung der Stühle, Schränke, Kommoden, ganzer Schlafräume und Küchen verrät unstreitig hohe Kunstfertigkeit. Ueber die Farbenzusammenstellung mag der moderne Farbenkünstler eine andere Auffassung haben und doch erscheint uns die giftig grüne Grundfarbe oder das schöne Himmelblau, welches mit reinen Deckfarben bemalt ist, interessant. Die grasgrünen satten Blattranken, die kirschroten Früchte, Rosenbuketts, die weißen Blüten in den Ecken entbehren niemals eines gewissen Reizes. Eine unverkennbare Naivität macht die Sache gefällig und heiter. Trotz der Vielseitigkeit in der Wahl der Ornamente hat sich bei den bemalten Möbeln ein förmlicher Stil herausgebildet, der auch heute noch von Kunstgewerblern auf Kinderspielzeug, Keramiken, Bucheinbänden und dergl. gern wiederholt wird. Ein bedeutender Künstler der Graphik und des Illustrationswesens, Walter Buhe, hat vor einiger Zeit die Entwürfe zu bunt bemalten Küchen und Wohnzimmern in einem Werke herausgebracht, welches sehr viel Beifall gefunden hat. [1]

Bevor wir uns der Möbelmalerei zuwenden, soll hier noch vorangeschickt werden, daß auch ältere gebrauchte Möbel oft noch wesentlichen Wert repräsentieren und vielfach sogar haltbarer und gediegener als die neuen „Kistenbrettermöbel" sind. Bei den alten Möbeln ist die Zweckdienlichkeit oft besser hervorgekehrt als bei modernen. Von einer eigentlichen Wohnungskultur kann nur im Haushalt der Wohlhabenden die Rede sein. Im Bürger- und Bauernhause nehmen die Möbel eine ganz andere Stellung ein. Hier entzücken uns heute noch die künstlichen Erzeugnisse mittelalterlicher Schreinerkunst. Und was macht uns die alten Möbel so wertvoll? Es ist die Eigenart, die das Denken und Fühlen unserer Altvorderen widerspiegelt, die Eigenart, die sich von Menschen auf das Möbel übertragen hat. Geschickte Hände vermögen mit der Malerei diesen alten Möbeln ein gefälliges Ansehen zu verleihen, das gegebenenfalls sogar dem Geschmack verwöhnter Ansprüche gerecht wird. Oft hat man es sogar für zweckmäßig erachtet, ehemals polierte Möbel aufzurauhen, zu grundieren und zu bemalen.

Ein gestrichenes Möbel wird im Vergleich zu dem als materialecht bezeichneten polierten und furnierten Stück in der Regel als weniger wertvoll betrachtet, aber eine sachgemäß aufgebrachte Farbe, die mit einem guten harten Ueberzugslacke gedeckt ist, hält sich bei regelrechtem Umfang ebenso wie die polierte Fläche jahrzehntelang unbeschadet. Es muß jedoch von vornherein darauf gesehen werden, daß nur die besten Oel- und Bleiweißfarben Verwendung finden. Es ist ratsam, bei Oelfarbenanstrichen neben dem Vorgrundieren auf rohem Holz einen zweimaligen Deckanstrich aufzubringen, der zu gleichen Teilen aus Firnis und Terpentinölersatz besteht, so daß die Farbe mager ist. Die Grundierung soll durchaus nicht glänzen; sie muß gleichmäßig mit einem nicht zu langen Pinsel aufgetragen werden und darf an den scharfen Kanten der Möbel nicht hängen bleiben. Derartig übersättigte Stellen trocknen sehr schwer und reiben sich später wieder auf.

Zum Decken des gemaserten oder auch glatt gehaltenen Anstriches eignet sich am besten ein farbloser Bernsteinlack. Gegebenenfalls kann auch Fußbodenlack benutzt werden, dieser wird aber später sehr hart und dunkelt auch nach. Dem Möbellack sollte niemals Firnis zugesetzt werden. Zum Verdünnen benutzt man lediglich Terpentin; um es deutlicher auszudrücken. Dem zweiten Anstrich soll magere Farbe zugesetzt werden, gegebenenfalls kann man den Rest vom letzten Farbanstrich zusetzen. Alle fehlerhaften Stellen im Holze werden mit Porenfüller geglättet und zwischen jedem Anstrich wird mit feinem Sandpapier geschliffen.

Mit derartigen Arbeiten wird derjenige am besten zum Ziele kommen, der freihändig malen kann. Obwohl der Farbenzusammenstellung hier keine Grenzen gezogen sind, ist es ratsam, die Möbel nicht mit allzu vielen Farben, oder was noch schlimmer ist, mit wechselnden Mustern zu überladen. Man fertigt am vorteilhaftesten mit Buntstiften auf Papier eine Skizze und kann hierbei die Wirkung in einfacher Weise ausprobieren.

Das Absetzen von Kanten und Leisten wirkt unschön. Eine geschmackvolle Schablone, die man in mehreren Farben um breitere Flächen herumsetzt, macht immer einen gefälligeren Eindruck. Man fertigt die Schablone aus Zeichenpapier, welches man schon vor dem Ausschneiden mit Oel tränkt. Beim Schneiden der Schablone ergibt sich das ländlich einfach wirkende Muster von selbst. Kombinierte Dinge entsprechen nicht dem Geschmack der einfachen Handwerksarbeit. Erforderlichenfalls können aber auch durchaus stilgerechte, den vorliegenden Anforderungen entsprechende Abziehbilder als Verzierung benutzt werden.

Um die Schablonenfarbe möglichst mager zu halten, darf diese nur mit Terpentinöl verdünnt werden. Die Farbe wird mit einem kurzen weichen nur mäßig gesättigten Pinsel aufgestrichen. Die Rückseite der Schablone wird nach jedem Gebrauch mit einem reinen Tuch aufgewischt, erforderlichenfalls mit einem in Benzol getauchten Lappen gesäubert. Die Schablone wird wie üblich mit einem Merkhalter versehen, auf den das beginnende Ende stets genau wieder angelegt wird. Mehrere Farben mit einer Schablone auf einmal aufzubringen, ist nicht ratsam. Auch kleinere Muster sollen erst nach dem jedesmaligen Trocknen der betr. Farbe aufgestrichen werden. Wird eine Bemalung über Lasur oder unter farblosen Lacküberzug vorgesehen, so muß diese vor dem Lacküberzug erfolgen. Erforderlichenfalls können hierzu auch Leimfarben benutzt werden, denn der Oellack schützt die Malerei noch ausreichend. Wer mit der Kunst der Möbelbemalung noch in den Anfängen steht, soll nicht gleich die schönsten und ins Auge fallenden Muster wählen, er probiert vorteilhafter einfachere Sachen auf der Rückwand des Kastens. Schwierigere Verzierungen werden vorsichtshalber auf einem bereit gehaltenen Brett ausprobiert. Die allgemein geltenden Grundsätze der Farbenharmonie können beim Bemalen der Bauernmöbel nicht immer befolgt werden. Rot, Grün und Blau kommen den Anforderungen am nächsten. Die Menge der mitverwendeten Farben liegt im Ermessen des Betreffenden.

K. M.

[1] Schweizerische Schreiner-Zeitung Nr. 45, Jahrgang 34, Seite 561.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

■ **Haben Lehrlinge während einer vorübergehenden Betriebsstillegung Anspruch auf ihre Vergütung?** § 127 R. G. O. Unter Einhaltung der Vorschriften der Stillegungsverordnung hat die Kl. ihren Betrieb vorübergehend stillgelegt. Die Lehrlinge sind mit nach Hause geschickt und erst nach vier Wochen wieder eingestellt worden. Die Kl. will festgestellt haben, daß die Lehrlinge einen Anspruch auf Vergütung für die vier Wochen nicht haben ... In den Lehrverträgen ist die geldliche Leistung der Arbeitgeberin als „Vergütung" oder als „Entschädigung" oder als „Beihilfe für die Unterhaltungskosten" bezeichnet. Aus dem Wortlaut der Vereinbarung geht hervor, daß die Bezahlung der Lehrlinge kein Entgelt für geleistete Arbeit darstellen soll. Sie ist als Zuschuß zu den Lebenshaltungskosten gedacht. Daß die Höhe dieses Beitrages im Tarifvertrag geregelt ist, und daß die Sätze im Laufe der Lehrzeit steigen und im zweiten oder dritten Lehrjahr dem Lohne eines ungelernten Arbeiters von 15 bis 16 Jahren gleichkommen, steht dem nicht entgegen. Zwar leisten die Lehrlinge im weiteren Verlauf der Lehrzeit auch für das Werk nützliche Arbeit, so daß in der Bezahlung teilweise auch ein Entgelt für geleistete Arbeit enthalten ist. Anderseits steigen aber auch die Bedürfnisse der Lehrlinge an Kost und Kleidung mit der Zeit. Daß die Vergütung an die Lehrlinge nur eine Beihilfe zu den Unterhaltungskosten ist, zeigt auch die geschichtliche Entwicklung des Lehrlingswesens. Früher wohnten die Lehrlinge beim Lehrherrn und erhielten von ihm die Kost. Geld bekamen sie nicht für ihre Arbeit. Gewöhnlich mußten sie sogar noch für ihre Ausbildung ein Lehrgeld zahlen. Die Massenerzeugung der Güter mit Maschinen seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts brachte eine Anhäufung der Arbeitnehmer in den Fabriken mit sich. Dies hatte zur Folge, daß dem Lehrherrn die Aufnahme der großen Zahl der Lehrlinge in seinem Haushalte unmöglich wurde. Die Lehrlinge erhielten deshalb von ihm nicht mehr Kost und Wohnung. Dafür zu sorgen blieb ihren Eltern überlassen. Als Entschädigung dafür zahlte nun aber der Lehrherr eine Beihilfe zum Unterhalt der Lehrlinge. Weil die Vergütung nicht Arbeitslohn, sondern Beihilfe zu den Lebenshaltungskosten ist, kommt es nicht darauf an, ob die Lehrlinge in den vier Wochen Arbeit geleistet haben oder nicht. Nach § 127 R. G. O. und den Lehrverträgen ist der Lehrherr verpflichtet, die Lehrlinge zu beschäftigen und auszubilden. Er kann sie nicht einfach nach Hause schicken, denn sie haben ein Recht auf Arbeit. Daß die Lehrlinge nicht arbeitswillig gewesen seien, behauptet die Kl. nicht. Dann ist sie aber ihnen gegenüber nach § 615 B. G. B. in Verzug geraten und ist nicht berechtigt, die Zahlung zu verweigern. Daran ändert auch eine Stillegung des Betriebes nichts, auch wenn die Stillegung notwendig war, um das Werk wieder ertragsfähig zu machen. Die Stillegung entsprang gleichwohl ihrer freien Willensentschließung. Deshalb konnte die Kl. die Lehrlinge nur infolge eines Umstandes nicht beschäftigen, den sie vertreten muß. Von ihrem vertraglichen Recht der Vertragslösung bei Stillegung hat die Kl. keinen Gebrauch gemacht. Mit Treu und Glauben ist aber nicht zu vereinbaren, daß sie das Betriebsrisiko auf die wirtschaftlich Schwächsten abwälzt. Das geht um so weniger an, als die Lehrlinge, wie oben ausgeführt, ein Recht auf Arbeit haben. (Urt. des L. G. Weimar v. 26. 3. 25 3. S. 1/25; abgedr. Neue Zeitschrift f. Arbeitsrecht, Heft 2, Febr. 1926.)

Verantwortlicher Redakteur: Julius Scheuble, Köln. — Druck: Bachem, Köln.